

Die SPD Mainz-Oberstadt verurteilt die willkürliche Einstufung von Vereinen als „linksradikal“ durch die AfD aufs Schärfste. Auf der Liste der 53 von der rechtsextremen Partei genannten Vereinen sind einige aus der Mainzer Oberstadt, zum Beispiel der Verein Armut und Gesundheit, der Obdachlosen hilft, sowie weitere Organisationen aus dem Umfeld der Mainzer Universität.

„Die Anfrage der AfD ist perfide und zeigt das krude Weltbild einer rechtsextremen Partei, für die sogar Nächstenliebe linksradikal ist“, kritisiert David Wilk (SPD), stellvertretender Ortsbeiratsvorsitzender Mainz-Oberstadt. „Mit der Anfrage wird Populismus betrieben, zulasten des zivilgesellschaftlichen Engagements. Wir als SPD stellen uns ganz klar hinter die Vereinen, die wertvolle Arbeit leisten.“

„Wo es Ansätze für radikale Tendenzen gibt, muss hingeschaut werden. Das ist aber gerade in Mainz und der Oberstadt eher am rechten Rand der Fall“, betonte Wilk und erinnerte an die Burschenschaft Germania Halle, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird und zuletzt mit dem Versuch der Anwerbung von Mitgliedern an Mainzer Schulen von sich reden machte.